



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Johann Wadehul (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

Staatssekretäre

1. Wer war zwischen dem 5. September 1950 und dem 31. Mai 1988 beamtete/r Staatssekretär/in in Diensten des Landes Schleswig-Holstein? Bitte geben Sie dabei die Daten der Ernennung und des Ausscheidens sowie die jeweiligen genauen dienstlichen Verwendungen an.

Die Angaben ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. In diese sind alle Beschäftigten aufgenommen worden, denen im Erfassungszeitraum die Funktion des Amtschefs übertragen worden ist, unabhängig davon, ob sie diese als Staatssekretär oder in einem anderen Amt ausgeübt haben.

	von	bis	Tätigkeit vor Ernennung	Ausscheidungsgrund
Staatskanzlei				
Dr. Wolfgang Praetorius	12.09.1950	ca. 15.10.1950 *)	zeitgleich Amtschef im Justizministerium	

*) anhand der Personalakte kein genaues Datum belegbar

Dr. Dr. Ernst Kracht	01.11.1950	30.04.1958	Referent und stellvertr. Geschäftsführer beim Dt. Verein f. öffentl. u. priv. Fürsorge	Versetzung in den Ruhestand
Fritz Specht	01.05.1958	25.09.1963	Amtsgerichtsrat im schl.-holst. Justizdienst	am 25.09.1963 im Amt verstorben
Dr. Ernst Neumann-Silkow	18.10.1963	31.12.1969	stellvertr. Chef der Staatskanzlei	Versetzung in den Ruhestand
Rudolf Titzck	01.01.1970	23.05.1971	Bürgermeister und Kämmerer der Landeshauptstadt Kiel	Versetzung zum Innenministerium
Georg Poetzsch-Heffter	14.06.1971	12.04.1983	Beamter im Landesdienst	Versetzung zum Justizministerium
Hanns-Günther Hebbeln	13.04.1983	15.12.1987	Staatssekretär im Finanzministerium	Versetzung in den Ruhestand
Dr. Kurt Boysen	16.12.1987	30.05.1988	Staatssekretär (Kultusministerium) im einstweiligen Ruhestand	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Justizministerium				
Dr. Wolfgang Prätorius	18.07.1947	02.01.1970	Beamter im Landesdienst S-H	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Dr. Wolfgang Böning	05.01.1970	02.07.1978	Richter im Landesdienst S-H	Berufung zum Präsidenten des Landesrechnungshofs SH
Dr. Günter Wetzel	03.07.1978	12.04.1983	Beamter im einstweiligen Ruhestand, Rechtsanwalt	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Georg Poetzsch-Heffter	13.04.1983	30.11.1987	Staatssekretär der Staatskanzlei	Versetzung zum Innenministerium

Innenministerium				
Dr. Lauritz Lauritzen	23.11.1946	31.01.1951	Staatssekretär beim Vorsitzen- den des Haupt- ausschusses für Innere Verwal- tung	Eintritt in den Niedersächsi- schen Landes- dienst
Hans-Georg Wormit	01.02.1951	12.10.1956	Amtschef im Kul- tusministerium	Geschäftsfüh- rendes Präside- almitglied des Deutschen Landkreisver- bandes
Dr. Ernst Delbrück	13.10.1956	28.07.1957	schleswig- holsteinischer Ministerialbeam- ter	Eintritt in den Ruhestand nach Erreichen der gesetzli- chen Alters- grenze
Klaus von der Groeben	16.08.1957	31.01.1967	Landrat des Kreises Stor- marn	Eintritt in den Ruhestand nach Erreichen der gesetzli- chen Alters- grenze
Dr. Hans Werner Otto	01.02.1967	31.07.1971	Staatssekretär im Sozialministe- rium	Versetzung in den einstweili- gen Ruhestand
Dr. Werner Schmidt	01.08.1971	30.09.1973	Staatssekretär im Sozialministe- rium	Versetzung in den einstweili- gen Ruhestand
Bernhard Ohmstede	01.10.1973	17.05.1977	Landrat des Kreises Eutin	Versetzung in den Ruhestand wegen Dienst- unfähigkeit
Dr. Hans-Joachim Knack	18.05.1977	09.11.1987	schleswig- holsteinischer Ministerialbeam- ter	verstorben im Amt
Georg Poetzsch-Heffter	01.12.1987	31.05.1988	Staatssekretär im Justizministe- rium	Versetzung in den einstweili- gen Ruhestand

Finanzministerium				
Max Wartemann	Dez. 1946	14.09.1959	Justizdienst Syndikus	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Hans-Hellmuth Qualen	17.09.1959	28.05.1962	Finanzgerichtsdirektor beim Finanzgericht SH	Versetzung an eine Bundesbehörde
Prof. Dr. Ekkehard Geib	29.05.1962	30.04.1975	Abteilungsleiter der Allg. Abt. im Innenministerium	Eintritt in den Ruhestand nach Erreichen der Altersgrenze
Hanns-Günther Hebbeln	15.10.1975	12.04.1983	Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium	Versetzung in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
Carl-Hermann Schleifer	13.04.1983	21.05.1988	Abteilungsleiter der Abt. 3 „Steuern und Wirtschaft“ beim Finanzministerium	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Kultusministerium				
Hans-Georg Wormit		Januar 1951	Daten kurzfristig nicht zu ermitteln im Archiv Stiftg. Preuß. Kulturbesitz Berlin	Versetzung zum Innenministerium
Franz Kock	13.09.1952	31.12.1966	Ministerialrat im Kultusministerium	Eintritt in den Ruhestand
Reinhold Borzikowsky	01.01.1967	31.01.1974	Landrat des Kreises NF	Berufung zum Präsidenten des Landesrechnungshofs SH
Dr. Kurt Boysen	01.02.1974	30.04.1985	Ltd. Reg.Dir. im Landesschulamt	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Dr. Wolfgang Clausen	01.05.1985	31.05.1988	Landrat des Kreises OH	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand

Wirtschaftsministerium				
Fritz Sureth	11.02.1946	30.11.1965	Leiter Bezirksamt der Hansestadt Lübeck	Eintritt in den Ruhestand mit Vollendung des 68. Lebensjahres
Heinrich Frahm	04.01.1966	31.08.1971	Bundesministerium für Verteidigung, zuletzt als Ministerialdirigent	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Hans Nebel	01.09.1971	30.06.1983	als Sonderbeauftragter für die Wirtschaftsförderung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr im einstweiligen Ruhestand, tätig als Industriebereiter	Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand
Dr. Gerd Keussen	01.07.1983	31.05.1988	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes SH, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Landwirtschaftsministerium				
Dr. Wilhelm Boyens	01.05.1946	30.09.1949	Abteilungsleiter im Landwirtschaftsministerium	Beurlaubung für die Tätigkeit als Beauftragter für die Bodenreform
Prof. Konrad Langenheim	01.10.1949	18.10.1960	Regierungsdirektor im Landwirtschaftsministerium	im Amt verstorben
Peter Werner Witt	14.11.1960	31.12.1966	Ltd. Landwirtschaftsdirektor bei der Landwirtschaftskammer	Eintritt in den Ruhestand

Christoph Bernhard Schücking	01.01.1967	31.01.1972	Landrat des Kreises Süderdithmarschen	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Hanns-Günther Hebbeln	01.02.1972	14.10.1975	Geschäftsführer in der Privatwirtschaft	Versetzung zum Finanzministerium
Prof. Stamer	15.10.1975	01.07.1979	Hochschulprofessor an der CAU für Agrarpolitik und Marktlehre	Versetzung in den Hochschuldienst
Dr. Sönke Traulsen	01.07.1979	31.05.1988	Geschäftsführer der schl.-holst. Landesgesellschaft	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Sozialministerium				
Ullrich Haake (m. d. W. d. G. b.)	01.12.1949	06.10.1950	Leiter der Bauabteilung im Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene	Von der Funktion entbunden.
Dr. Hans-Werner Otto	07.10.1950	31.01.1967	Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes	Versetzung zum Innenministerium
Dr. Werner Schmidt	01.02.1967	31.07.1971	Bürgermeister der Stadt Eckernförde	Versetzung zum Innenministerium
Prof. Dr. Fritz Beske	01.08.1971	15.10.1981	Leiter der Gesundheitsabteilung im Sozialministerium	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Dr. Karl Tremml	16.10.1981	31.05.1988	Abteilungsleiter StK 1	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Pressesprecher				
Dr. Arthur Rathke	26.01.1970	27.11.1980	Sprecher des Bundesvorstandes der CDU und Abteilungsleiter bei der Bundesgeschäftsstelle der CDU	am 27.11.1980 im Amt verstorben

Gerd Behnke	01.03.1981	30.11.1987	Leiter des Programmbereichs Hörfunk beim NDR in Hannover	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
-------------	------------	------------	--	---

2. Was haben die zu Ziff. 1 genannten Personen jeweils vor ihrer Ernennung zum beamteten Staatssekretär beruflich gemacht?

s. Tabelle zu Frage 1.

3. Wie sind die zu Ziff. 1 genannten beamteten Staatssekretäre im einzelnen aus dem Dienst geschieden (z.B. Altersruhestand, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf eigenen Wunsch o.ä.)?

s. Tabelle zu Frage 1.

4. Welche Amtsausstattung stand beamteten Staatssekretären in dem zu Ziff. 1 genannten Zeitraum in der Regel zu (Dienstwagen, Fahrer o.ä.)?

In der Regel standen den beamteten Staatssekretären ein Büro, ein Dienstwagen, ein Fahrer und eine Sekretärin zu.

5. Für den Fall, dass die Funktion des Amtschefs eines Ministeriums in dem zu Ziff. 1 genannten Zeitraum zeitweilig nicht durch einen beamteten Staatssekretär wahrgenommen wurde: Wer waren diese Amtschefs, mit welchem Dienstrang?

S. hierzu vorangestellte Erläuterungen in der Antwort zu Frage 1.

Das Amt des Staatssekretärs ist mit dem Sechsten Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 24.04.1969 (GVBl. Schl.-H. S. 62) durch Art. 1 Nr. 22 in das Landesbesoldungsgesetz aufgenommen worden.

6. Von wann bis wann gab es in Schleswig-Holstein Regierungsbeauftragte bzw. parlamentarische Staatssekretäre?

Parlamentarische Vertreter wurden bereits 1948 durch die Geschäftsordnung der Landesregierung eingeführt. Mit der Änderung der Geschäftsordnung 1971 wurde die Möglichkeit geschaffen, dem Parlamentarischen Vertreter bestimmte politische Aufgaben zu übertragen. 1978 wurde die Institution des Parlamentarischen Vertreters in das Landesministergesetz eingefügt (§ 13 a) und erstmals der Begriff „Regierungsbeauftragter“ verwendet, soweit dem Parlamentarischen Vertreter bestimmte Regierungsaufgaben übertragen werden. 1979 trat durch Änderung des Landesministergesetzes der Begriff „Parlamentarischer Staatssekretär“ an die

Stelle des „Regierungsbeauftragten“. Diese Regelung galt bis zur Änderung des Landesministergesetzes durch Gesetz vom 19. Dezember 2000, in Kraft getreten am 19. Januar 2001.

7. Wer waren diese parlamentarischen Staatssekretäre, mit Daten ihrer Berufung und Emission sowie Angaben zu ihrer Verwendung?

	von	bis	Verwendung
Kultusministerium			
MdL Bernhardt	30.11.1979 19.10.1982 25.04.1983	04.10.1982 12.03.1983 31.07.1984	Parlamentarischer Staatssekretär für Jugend und Sport
MdL Stich	01.08.1984	02.10.1987	Parlamentarischer Staatssekretär für Jugend und Sport
Sozialministerium			
Annemarie Schuster	30.11.1979 19.10.1982 25.04.1983	04.10.1982 12.03.1983 02.10.1987	Parlamentarische Staatssekretärin für Familie und soziale Verbände

Ab 1988 hat die Landesregierung keine Parlamentarischen Staatssekretäre mehr ernannt.

8. Welche rechtliche Stellung hatten Parlamentarische Staatssekretäre?

Sie waren ehrenamtlich tätig (§13 a Abs. 1 des Landesministergesetzes). Sie konnten die Ministerin oder den Minister im Landtag und in sonstigen politischen Angelegenheiten vertreten. Außerdem konnten sie bestimmte ihnen übertragene Regierungsaufgaben wahrnehmen. Dabei durften sie sich gemäß § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Landesregierung durch das Ministerium unterstützen lassen, hatten jedoch kein Weisungsrecht gegenüber den Beschäftigten des Ministeriums. Sie erhielten die zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben notwendigen Informationen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit über vertrauliche Angelegenheiten bestand auch nach Beendigung des Amtes fort.

9. Welche Amtsausstattung hatten Parlamentarische Staatssekretäre in der Regel (Büro, Fahrer, Sekretärin o.ä.)?

In der Regel hatten die Parlamentarischen Staatssekretäre ein Büro, einen Dienstwagen, einen Fahrer und eine Sekretärin. Daneben standen ihnen weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Landesregierung zur Verfügung.

10. Bezogen Parlamentarische Staatssekretäre zusätzlich zu ihrer Abgeordnetendiät ein Einkommen aus der Landeskasse, z.B. eine Aufwandsentschädigung?

Ja.

Gem. § 13 a Abs. 4 Landesministergesetz erhielten Parlamentarische Staatssekretäre ab 1979 neben ihrer Entschädigung nach § 6 Abgeordnetengesetz eine monatliche Entschädigung in Höhe von 1.600,00 DM.

11. Hatten Parlamentarische Staatssekretäre nach Ausscheiden aus dem Amt Anspruch auf Versorgungsleistungen irgendwelcher Art?

Nein.